

In:  
Einsicht 07  
Fritz Bauer  
Institut  
Frankfurt/M 2012

## »Besprechung über die Endlösung der Judenfrage« *Das Protokoll der Wannsee-Konferenz am 20. Januar 1942*

von Norbert Kampe



**Dr. Norbert Kampe**, geboren 1948, studierte Geschichte und Germanistik. Nach Erstem und Zweitem Staatsexamen für das Lehramt an Gymnasien war er ab 1983 als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Aufbau des Zentrums für Antisemitismusforschung an der TU Berlin beteiligt. Von 1990 bis 1996 arbeitete er im Archiv der Akademie der Künste. Dort leitete er die EDV-Verzeichnung sämtlicher Archivbestände und die Erschließung der rund 3.000 Akten der Preussischen Akademie der Künste (1696–1945) in einer Mikrofiche- und Findbuchedition. Seit August 1996 ist er Direktor der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz. 2010 war er Gründungsdirektor der Ständigen Konferenz der NS-Gedenkstätten im Berliner Raum. Veröffentlichungen u. a.: Die Wannsee-Konferenz und der Völkermord an den europäischen Juden: Katalog der ständigen Ausstellung – Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz. (als Hrsg.) Berlin 2006. Studenten und »Judenfrage« im Deutschen Kaiserreich. Die Entstehung einer akademischen Trägerschicht des Antisemitismus. Göttingen 1988.

Reden zum 70. Jahrestag der Wannsee-Konferenz und dessen Beachtung in den Medien haben eindrucksvoll gezeigt: In der Öffentlichkeit überwiegt eine symbolische

Betrachtung, in der die Wannsee-Konferenz für »den Beschluss zur Ermordung der Juden« oder für einen »detailliert ausgearbeiteten Mordplan« steht. Die Idylle der großzügigen Villa in einem perfekt gestalteten Landschaftspark am Ufer des Wannsees und die Monstrosität des hier bei einer Einladung zum zweiten Frühstück besprochenen Völkermords machen das Haus am Wannsee für die symbolische Sicht zu einem sehr geeigneten Ort.

Zumeist ist der Protokolltext gar nicht gelesen worden; und falls doch, kann er ohne den historischen Kontext kaum verstanden werden. In diesem Beitrag soll entlang der Lektüre des Protokolls und der begleitenden Dokumente eine historische Einordnung versucht werden.<sup>1</sup> Die Dokumente werden hier nicht umfangreich zitiert, da sie in diesem Heft als Faksimile abgedruckt sind (S. 17–41, jeweils auf der rechten Seite).

### Das Ermächtigungsschreiben Görings vom 31. Juli 1941

Schon im Januar 1941 war Reinhard Heydrich in mehreren Besprechungen bei Hermann Göring und Heinrich Himmler mit der »Vorlage

1 Grundlegend sind: Mark Roseman, *Die Wannsee-Konferenz. Wie die NS-Bürokratie den Holocaust organisierte*, München, Berlin 2002; Kurt Pätzold, Erika Schwarz, *Tagesordnung: Judenmord. Die Wannseekonferenz am 20. Januar 1942. Eine Dokumentation zur Organisation der »Endlösung«*, 3., unveränd. Aufl., Berlin 1992; Christian Gerlach, »Die Wannsee-Konferenz, das Schicksal der deutschen Juden und Hitlers politische Grundsatzentscheidung, alle Juden Europas zu ermorden«, in: ders., *Krieg, Ernährung, Völkermord. Deutsche Vernichtungspolitik im Zweiten Weltkrieg*, Hamburg 1998, S. 79–152; Peter Longerich, *Die Wannsee-Konferenz vom 20. Januar 1942. Planung und Beginn des Genozids an den europäischen Juden*, Berlin 1998.

Der Chef der Sicherheitspolizei  
und des SD

Berlin, den 25. Januar 1942. *ST*

IV B 4 a - 847/41

Befehlshaber der	
Sicherheitspolizei	
Kategorie	
Ausgegeben am <i>16.1.42</i>	
380 141	
<i>14.1.42</i>	

*165*

An

die Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD,  
die Inspektoren der Sicherheitspolizei und des SD,  
den Beauftragten des Chefs der Sicherheitspolizei  
und des SD, Dienststellen Paris und Brüssel,  
die Einsatzgruppe der Sicherheitspolizei und des SD  
in Belgrad,  
die Dienststelle der Sicherheitspolizei und des SD  
in Athen,  
die Einsatzgruppen A - D. *H.*

Betrifft: Endlösung der Judenfrage.

Bezug: Ohne.

Anlage: 1 Fotokopie.

Als Anlage übersende ich Fotokopie eines  
Bestellungsschreibens des Reichsmarschalls des Groß-  
deutschen Reiches / Beauftragten des Vierjahresplan-  
es und Vorsitzenden des Ministerrats für die Reichs-  
verteidigung vom 31.7.1941 mit der Bitte um Kenntnis-  
nahme und Beachtung.

Danach bin ich beauftragt, alle für eine  
Gesamtlösung der Judenfrage innerhalb des deutschen  
Einflußgebietes in Europa erforderlichen Vorberei-  
tungen in organisatorischer, sachlicher und materi-  
eller Hinsicht zu treffen.

Die vorbereitenden Arbeiten sind einge-  
leitet.

gez. H e y d r i c h

Befehlshaber  
Kanzleiangestellte.



Der Reichsmarschall des Großdeutschen  
Reiches

Berlin, den 7.1941

Beauftragter für den Vierjahresplan  
Vorsitzender  
des Ministerrats für die Reichsvertei-  
digung

An den

Chef der Sicherheitspolizei und des SD  
Gruppenführer H e y d r i c h

B e r l i n .

In Ergänzung der Ihnen bereits mit Erlaß vom  
24.1.39 übertragenen Aufgabe, die Judenfrage in Form der  
Auswanderung oder Evakuierung einer den Zeitverhält-  
nissen entsprechend möglichst günstigsten Lösung zum-  
führen, beauftrage ich Sie hiermit, alle erforderlichen  
Vorbereitungen in organisatorischer, sachlicher und  
materieller Hinsicht zu treffen für eine Gesamtlösung  
der Judenfrage im deutschen Einflußgebiet in Europa.

Sofern hierbei die Zuständigkeiten anderer  
Zentralinstanzen berührt werden, sind diese zu betei-  
ligen.

Ich beauftrage Sie weiter, mir in Bälde einen  
Gesamtentwurf über die organisatorischen, sachlichen  
und materiellen Vorausmaßnahmen zur Durchführung der  
angestrebten Endlösung der Judenfrage vorzulegen.

*H. Göring*

**Führer und Reichskanzler**  
Adolf Hitler

Designierter Nachfolger Hitlers  
Vorsitzender des Ministerrats für  
die Reichsverteidigung

Reichsführer-SS und  
Chef der Deutschen Polizei  
Heinrich Himmler

Parteikanzlei  
Martin Bormann

Reichskarckel  
Dr. Hans Heinrich Lammers

Regierung des  
Generalgouvernements  
Dr. Hans Frank

Reichsministerium  
für die besetzten Ostgebiete  
Alfred Rosenberger

Beauftragter für den  
Vierjahresplan  
Hermann Göring

Auswärtiges Amt  
Joachim von Ribbentrop

Reichsministerium  
des Inneren  
Dr. Wilhelm Frick

Reichsjustizministerium  
Dr. Dr. Franz Schlegelberger  
(amtierend)



Rasse- und  
Siedlungshauptamt  
Otto Hofmann



Reichssicherheits-  
hauptamt  
Reinhard Heydrich



Ministerialdirektor  
(Abteilung III  
Staatliche  
Angelegenheiten)  
Dr. Gerhard Klopfer



Ministerialdirektor  
(Abteilung B. u. a.  
Juden- und Mischlings-  
angelegenheiten)  
Wilhelm Kitzinger



Staatssekretär  
Dr. Josef Bühler



Staatssekretär  
Dr. Alfred Meyer



Evangelsekretär  
Erich Neumann



Untersstaatssekretär  
(Abteilung  
Deutschland)  
Dr. Eberhard Schöngarth



Staatssekretär  
(Abteilung I Verfassung,  
Gesetzgebung  
und Verwaltung)  
Dr. Wilhelm Stuckart



Staatssekretär  
Dr. Roland Freisler



Amt IV:  
Gegnerforschung  
und -bekämpfung  
(Gestapo)  
Heinrich Müller



Befehlshaber  
der Sicherheitspolizei  
im General-  
gouvernement  
Dr. Eberhard Schöngarth



Kommandeur der  
Sicherheitspolizei in  
Lettland  
Dr. Rudolf Lange



IV B 4:  
Judenangelegenheiten,  
Rassen-  
angelegenheiten  
Adolf Eichmann



Ministerialdirektor  
(Hauptabteilung  
Publik.)  
Dr. Gerd Leibbrandt

eines Endlösungsprojekts« für die Zeit nach dem Krieg beauftragt worden. Anfang 1941 war noch die Deportation aller europäischen Juden in die zu besiegende Sowjetunion der Kern dieses Projekts. In »Eismeer-Lagern« in Sibirien sollten die Deportierten an Zwangsarbeit und unerträglichen Lebensbedingungen zugrunde gehen. Die sowjetischen Juden hingegen sollten gleich nach dem in Planung befindlichen Angriff durch die Einsatzgruppen dezimiert werden. Nur wenige Wochen nach dem Überfall vom 22. Juni 1941 eskalierte das selektive Ermorden allein der wehrfähigen jüdischen Männer zur systematischen Erschießung aller Juden inklusive Frauen, Greisen und Kindern.

Heydrich hatte den Einladungen zur Wannsee-Konferenz die Fotokopie eines Schreibens von Göring vom 31. Juli 1941 beigelegt (Seite 39, oben). Dieser stand an zweiter Stelle der NS-Hierarchie. Adolf Hitler hatte ihn mit umfangreichen Vollmachten ausgestattet, wozu nach dem Novemberpogrom auch ausdrücklich die Koordination aller antijüdischen Maßnahmen gehörte. Das Schreiben wurde offensichtlich in Heydrichs Dienststelle verfasst (darauf deutet die Verwendung einer Schreibmaschine mit SS-Rune hin). Der Text bezieht sich auf eine vorhergehende Ermächtigung Heydrichs durch Göring vom 24. Januar 1939, in welcher zwecks Beschleunigung der Vertreibung eine »Reichszentrale für die jüdische Auswanderung« unter Leitung des Chefs der Sicherheitspolizei, Heydrich, angeordnet wurde. Dieser wollte offenbar eine Kontinuität in der Beauftragung seiner Person seitens des Reichsmarschalls betonen. Während allerdings die »Reichszentrale« noch im Innenministerium angesiedelt wurde und der dort zuständige Staatssekretär Dr. Wilhelm Stuckart<sup>2</sup> die Fachaufsicht hatte, vermied Heydrich in Görings Text vom Juli 1941 die formelle Unterstellung unter eine ministerielle Aufsicht. Er fügte dem Wort »Auswanderung« den Begriff »Evakuierung« als Euphemismus für Deportationen hinzu.

Was bedeutete in Görings Ermächtigungsschreiben vom 31. Juli 1941 die »Gesamtlösung der Judenfrage im deutschen Einflussgebiet in Europa« beziehungsweise die »Endlösung der Judenfrage«? Der Zeitpunkt liegt bereits gut einen Monat nach dem Beginn der Massenerschießungen in der besetzten Sowjetunion. Auffällig ist die in dem Text formulierte Möglichkeit einer Weiterentwicklung der Bedeutung von »Endlösung« (»einer den Zeitverhältnissen entsprechend möglichst günstigen Lösung«) sowie der umfassende Auftrag an Heydrich (»Gesamtlösung«, »Gesamtentwurf«), wobei »andere Zentralinstanzen« nur noch »zu beteiligen« sind. Heydrich hatte sich damit die umfassendste von ihm zu erlangende schriftliche Legitimation besorgt, die ihn auch aus dem Schatten seines Chefs Himmler heraustreten ließ.

Die zur Wannsee-Konferenz Eingeladenen erhielten die Fotokopie von Görings Schreiben vom 31. Juli 1941 als Anlage zu ihrer Einladung vom 29. November 1941. Fünf Tage nach der Konferenz,

nämlich am 25. Januar 1942, sandte Heydrich weitere Fotokopien an die Befehlshaber, Inspekture und Dienststellen der Sicherheitspolizei und des SD sowie an die Einsatzgruppen A bis D. In einem Begleitschreiben bat er »um Kenntnisnahme und Beachtung« seiner Beauftragung durch Göring und schloss mit dem Satz: »Die vorbereitenden Arbeiten sind eingeleitet.« (Seite 39, unten)

### **Die Einladungsschreiben Heydrichs vom 29. November 1941 und 8. Januar 1942**

Am 28. November 1941 fand im Reichssicherheitshauptamt (RSHA) in Berlin eine Besprechung von Heydrich mit dem SS-Obergruppenführer Friedrich-Wilhelm Krüger, Höherer SS- und Polizeiführer in Krakau, und Adolf Eichmann statt, über die Eichmann einen Vermerk mit dem Betreff »Endlösung der Judenfrage« anlegte. Krüger beschwerte sich über den Generalgouverneur Dr. Hans Frank, der nicht kooperiere und »bestrebt sei, die Behandlung des Judenproblems völlig an sich zu ziehen«. Eichmann wurde angewiesen, zusätzlich zu den bisher gefertigten Einladungen noch Franks Staatssekretär Dr. Josef Bühler sowie Krüger einzuladen, um den Konflikt bei »der für den 9.12.1941 in Berlin anberaumten Besprechung« zu bereinigen.<sup>3</sup>

Im ersten Absatz der Einladung (Seite 19, oben und 21, unten) bezieht sich Heydrich auf seine Ermächtigung durch Göring. Im zweiten Absatz kommt als weiteres Argument für die Dringlichkeit einer interministeriellen Abstimmung der Hinweis auf die bereits »seit dem 15.10.1941« stattfindenden Deportationen von Juden aus dem Reichsgebiet und dem Protektorat hinzu (»in den Osten evakuiert«). Diese »Aussprache« bzw. »Besprechung« solle am 9. Dezember 1941 mittags stattfinden. Das angekündigte zweite Frühstück und der noble Besprechungsort am Wannsee sollten vermutlich eine besondere Atmosphäre signalisieren, weshalb Heydrich nicht in das RSHA in der Prinz-Albrecht-Straße eingeladen hatte. Die Verwechslung des Gästehauses des SD Am Großen Wannsee mit der viel kleineren Villa der Internationalen Kriminalpolizeikommission (deren Chef Heydrich ebenfalls war) Am Kleinen Wannsee wurde am 4. Dezember durch einen Anruf von Eichmann korrigiert, wie Otto Hofmann, der Chef des Rasse- und Siedlungshauptamtes der SS, auf seiner Einladung notierte.<sup>4</sup>

Eines von Heydrichs zentralen Zielen der anberaumten Besprechung war es offensichtlich, die Federführung der SS hinsichtlich der »Behandlung« der Juden im Osten gegenüber den deutschen Zivilverwaltungen in Polen wie in den besetzten sowjetischen Gebieten durchzusetzen. Die Konflikte mit den leitenden Beamten des Ostministeriums um die Federführung waren ebenfalls heftig. Noch bis

2 Siehe zu Stuckart auch den Beitrag von Hans-Christian Jasch in diesem Heft.

3 Archiv des Innenministeriums (AMV) Praha, 144-2-56, Bl. 33–35. Mit Eichmanns handschriftlichem Absendevermerk 1.12.1941 für beide Schreiben.

4 Vgl. <http://www.ghwk.de/2006-neu/heyd2.jpg> [17.02.2012].

Betrifft

1

*Entlassung für*

*Freiung*

• 371889

vom	19	29
bis	19	43
Abgeschlossen		
Ältere Helfer sind in der Ablage unter		
Nummer:	begonnen:	geschlossen:

Farb-signal

ärtiges Amt

land II g

777

der Judenfrage

vom 19 39  
 bis 19 43

Forts. Band: \_\_\_\_\_


(Inland R 230 bis R 236), für Vertretungsstempel (Ausland), gegebenen Registrar.

Der Chef der Sicherheitspolizei und des SD

Berlin SW 11, am 29. November 1941  
 Heiny-Hilberich-Str. 40  
 Telefon: 115927

IV B 4 - 3076/41g (1180)

Bitte in der Datumsart vorstehendes Geheißzeichen u. Datum beibehalten

Auswärtiges Amt	
Dikt. 409. 8	
Personalang. 23. DEZ. 1941	
Bew. (7) (Adj) (D) 11/11	

*Leg. K. K. ...*  
*rab. ...*  
*Sie ...*  
*meine ...*  
 Heber Parteigenosse ...

Am 31.7.1941 beauftragte mich der Reichsmarschall des Großdeutschen Reiches, unter Beteiligung der in Frage kommenden anderen Zentralinstanzen alle erforderlichen Vorbereitungen in organisatorischer, sächlicher und materieller Hinsicht für eine Gesamtlösung der Judenfrage in Europa zu treffen und ihm in baldeseinen Gesamtentwurf hierüber vorzulegen. Eine Fotokopie dieser Bestellung lege ich meinem Schreiben bei.

In Anbetracht der außerordentlichen Bedeutung, die diesen Fragen zuzumessen ist und im Interesse der Erreichung einer gleichen

K210419

372043

4A0876

Mitte September 1941 hatte Hitler die Forderungen der Gauleiter und Heydrichs nach Deportation der deutschen Juden mit dem Hinweis auf die Priorität des Sieges über die Sowjetunion abgelehnt. Ende September 1941 gab Hitler diese Erlaubnis, die der SS unbegrenzten Zugriff auf die deutschen Juden eröffnete. Dieser bereitete ihr aber zugleich Probleme hinsichtlich der vorläufigen Deportationsziele, bis ein Weitertransport in die sibirischen Lager möglich sein würde. Die Ermordung der deutschen Juden war offensichtlich noch nicht vorgesehen. Die Ghetto-Verwaltungen protestierten gegen die angekündigte Zuführung von Juden aus Deutschland und reagierten mit Massensmorden an den einheimischen Juden, »um Platz zu schaffen«. So hatte sich Gauleiter Arthur Greiser (Warthegau) von Himmler die Genehmigung geholt, 100.000 nicht arbeitsfähige Juden des Ghettos Łódź zu ermorden, was ab 8. Dezember 1941 in Chełmno mittels Gaswagen begann. Die Massenerschießungen lettischer Juden des Rigaer Ghettos begannen bereits am 30. November 1941.<sup>5</sup>

Die Besprechung wurde – laut einer Randbemerkung Franz Rademachers, des Leiters des »Judenreferats« im Auswärtigen Amt – am 8. Dezember »auf unbestimmte Zeit verschoben«. Der Grund für die Verschiebung wird in der beabsichtigten deutschen Kriegserklärung an die USA zu sehen sein. Am frühen Morgen des 7. Dezember 1941 hatte nämlich die japanische Luftwaffe überraschend den US-Flottenstützpunkt Pearl Harbor auf Hawaii angegriffen. Am 8. Dezember erklärten die USA und Großbritannien Japan den Krieg. Da Japan selbst der Aggressor war, hätte für die »Achsenmächte« Deutschland, Italien, Japan (»Dreibund«) nicht zwingend der Bündnisfall eintreten müssen. Hitler sah jedoch in den Ereignissen im Pazifik ein gutes Zeichen, eine Schicksalswende. Die deutsche Blitzkriegsstrategie gegen die Sowjetunion war gerade endgültig gescheitert, der Sturm auf Moskau in Schnee und Eis stecken geblieben. Die deutschen Truppen verfügten noch nicht einmal über Winterbekleidung. Die Rote Armee startete am 6. Dezember mit frischen, aus Sibirien herangeholten Divisionen eine erfolgreiche Gegenoffensive zur Entlastung Moskaus. In rassistischer Verblendung (»bolschewistisch-jüdische Untermenschen«) hatte sich die deutsche Militärführung in einen nun voraussichtlich lang andauernden Feldzug mit endlosen Fronten und weiten Territorien gestürzt, auf den die Armee nicht vorbereitet war. Hitlers Prestige als genialer Militärstrategie war angeschlagen. Nun konnte er mit einer spektakulären Kriegserklärung vom eigenen Desaster ablenken. Der Reichstag, dem einige der für 9. Dezember an den Wannsee geladenen Teilnehmer sowie Heydrich angehörten, sollte sich auf eine große Rede Hitlers vorbereiten. Diese Kriegserklärung Deutschlands und Italiens an die USA erfolgte dann jedoch erst am 11. Dezember.<sup>6</sup>

5 Vgl. Andrej Angrick, Peter Klein, *Die »Endlösung« in Riga. Ausbeutung und Vernichtung 1941–1944*, Darmstadt 2006.

6 Vgl. Gerhard L. Weinberg, *Eine Welt in Waffen. Die globale Geschichte des Zweiten Weltkriegs*, Hamburg 2002, bes. Kap. 4–6.

In seiner bombastischen Rede vor dem Reichstag behauptete Hitler, dass seine Friedenspolitik sabotiert worden sei. Er redete die Kriegslage schön, um sich schließlich auf den US-Präsidenten Roosevelt und den angeblichen jüdischen Einfluss auf dessen Politik einzuschließen und den USA den Krieg zu erklären. »Wir wissen, welche Kraft hinter Roosevelt steht. Es ist jener ewige Jude, der seine Zeit als gekommen erachtet, um das auch an uns zu vollstrecken, was wir in Sowjet-Rußland alle schauernd sehen und erleben mußten. [...] Daß sich die angelsächsisch-jüdisch-kapitalistische Welt mit dem Bolschewismus dabei in einer Front befindet, ist für uns Nationalsozialisten keine Ueberraschung.«<sup>7</sup>

Nach seiner Kriegserklärung an die USA am 11. Dezember 1941 trug Hitler dem ihn umgebenden Personenkreis radikale Vorstellungen, Wünsche und Befehle hinsichtlich der »Endlösung« mündlich vor. Für den Fall eines Zweiten Weltkriegs – der im Dezember 1941 erst Realität geworden war – hatte Hitler in öffentlichen Reden seit Januar 1939 mehrmals die Vernichtung des europäischen Judentums angedroht. »Die Juden« waren nach Hitler bereits am Ersten Weltkrieg und an der deutschen Niederlage schuld. Wie andere führende Nazis glaubte auch Hitler an die Echtheit der »Protokolle der Weisen von Zion«, nach denen Kapitalismus und Bolschewismus zwei geplante Wege zur Erlangung der »jüdischen Weltherrschaft« seien. Nun war für ihn der Zeitpunkt gekommen, seine dramatisch inszenierten Vorhersagen Realität werden zu lassen. Vor den in seine Privatwohnung in der Reichskanzlei eingeladenen Gauleitern und Spitzen der Parteiführung hielt Hitler am folgenden Tag, dem 12. Dezember 1941, eine radikale antisemitische Rede, von der Propagandaminister Goebbels berichtete, dass Hitlers Prophezeiung einer Vernichtung der Juden nun eintrete. Bei Besprechungen mit Hitler holte sich Himmler Rückendeckung für den umfassenden Plan zur Ermordung der europäischen Juden.

Das zweite Einladungsschreiben Heydrichs vom 8. Januar 1942 (Seite 21, oben) zu einer »Besprechung« am 20. Januar 1942 mit demselben Arrangement enthält nur einen vagen Hinweis auf den Grund der Aufhebung des ersten Termins für den 9. Dezember 1941. Vermutlich waren die dramatischen Ereignisse des vergangenen Monats sowieso allen präsent. Von den Eingeladenen war Gauleiter Meyer bei Hitlers Geheimrede am 12. Dezember anwesend.

#### **Heydrichs Schreiben vom 26. Februar 1942 mit anhängendem Protokoll**

Heydrich zieht in seinem Begleitschreiben das »erfreuliche« Resümee einer »völlige[n] Übereinstimmung« bei der Besprechung am 20. Januar 1942 (Seite 23, unten). Mit erneutem Hinweis auf den von

7 Max Domarus, *Hitler. Reden und Proklamationen 1932–1945*. Kommentiert von einem Zeitgenossen, II. Bd., Würzburg 1963, S. 1794–1811, hier S. 1808 und 1810.

Handwritten notes and stamps in the top left corner, including a stamp that reads "K210420".

Der Chef der Sicherheitspolizei  
und des SD

Auffassung bei den in Betracht kommenden Zentralinstanzen an den übrigen mit dieser Endlösung zusammenhängenden Arbeiten reichlich an, diese Probleme zum Gegenstand einer gemeinsamen Aussprache zu machen, zumal seit dem 15.10.1941 bereits in laufenden Transporten Juden aus dem Reichsgebiet einschließlich Protektorat Böhmen und Mähren nach dem Osten evakuiert werden.

Ich lade Sie daher zu einer solchen Besprechung mit anschließendem Frühstück zum 9. Dezember 1941, 12,00 Uhr, in die Dienststelle der Internationalen Kriminalpolizeilichen Kommission, Berlin, Am Grossen Wannsee Nr. 56, ein.

Ähnliche Schreiben habe ich an Herrn Generalgouverneur Dr. Frank, Herrn Gauleiter Dr. Meyer, die Herren Staatssekretäre Stuckart, Dr. Schlegelberger, Gutterer und Neumann, sowie an Herrn Reichsamtseiler Dr. Leibbrandt, %-Obergruppenführer Krüger, %-Gruppenführer Hoffmann, %-Gruppenführer Greifelt, %-Oberführer Klopfer und an Herrn Ministerialdirektor Kritzinger gerichtet.

Heil Hitler!

Ihr  
*Meisinger*

K210420

1 Anlage.

372044

Geheim

181

Der Chef der Sicherheitspolizei und des SD

Prag, den 8. Januar 1942

G. d. S. B. W. 42

Auswärtiges Amt  
D III 21. 9  
eing. 12 JAN 1942  
Ami. (S) Dep. d. S.

Herrn

Unterstaatssekretär L u t h e r  
- Auswärtiges Amt -  
B E R L I N

Lieber Parteigenosse L u t h e r !

Die für den 9.12.1941 anberaumt gewesene Besprechung über mit der Endlösung der Judenfrage zusammenhängende Fragen musste ich s. Zt. aufgrund plötzlich bekannt gegebener Ereignisse und der damit verbundenen Inanspruchnahme eines Teiles der geladenen Herren in letzter Minute leider absetzen.

Da die zur Erörterung stehenden Fragen keinen längeren Aufschub zulassen, lade ich Sie daher neuerlich zu einer

Besprechung mit anschließendem Frühstück zum 20. Januar 1942 um 12,00 Uhr Berlin, Am Grossen Wannsee 56-58

ein.

Der in meinem letzten Einladungsschreiben angeführte Kreis der geladenen Herren bleibt unverändert.

Heil Hitler !

Ihr

Handwritten notes: "Bekunftsprobleme soll noch eingehen.", "2. d. A.", "fm u/n".

*Meisinger*

K210415

372039

Göring geforderten »Gesamtentwurf« für »die praktische Durchführung der Endlösung der Judenfrage« setzte er eine »Detailbesprechung« auf Sachbearbeiterebene in Eichmanns Dienstsitz für den 6. März 1942 an.

Das Begleitschreiben und das von Eichmann gefertigte Besprechungsprotokoll tragen den Stempel »Geheime Reichssache!«. Die Vervielfältigung der Exemplare (»30 Ausfertigungen«) erfolgte im Rotationsdruck. In das Exemplar für den Vertreter des Auswärtigen Amts, Staatssekretär Martin Luther, wurde mit Schreibmaschine die Nr. 16 eingetragen.

Unter »I.« werden die Teilnehmer mit Titeln und Ämtern aufgeführt. Kurioserweise wird hierbei der Gastgeber Heydrich, der den größten Redeanteil hat, nicht genannt. Das Organigramm (Seite 17) mit den Fotos der Teilnehmer zeigt deren Ämter und Stellung in der Hierarchie.

In Teil II. weist Heydrich erneut auf seine Ermächtigung durch Göring hin. Er nennt sich nun selbst »Beauftragter für die Vorbereitung der Endlösung der europäischen Judenfrage«. Ein grammatischer Fehler im letzten Satz des ersten Absatzes macht nicht die zu klärenden »Fragen« zum Gegenstand der »gemeinsamen Behandlung«, sondern die »beteiligten Zentralinstanzen«. Da es sicher zum heimlichen Ziel Heydrichs gehörte, alle Teilnehmer auf die von ihm gewünschte Linie zu bringen, mutet das wie eine Freudsche Fehlleistung an, was aber wohl eher der dürftigen sprachlichen Kompetenz Eichmanns zuzuschreiben ist.

Auf Seite 3 oben folgt der für Heydrich so wichtige Anspruch, die zentrale »Federführung bei der Bearbeitung der Endlösung der Judenfrage« liege beim Reichsführer-SS Himmler, vertreten durch ihn selbst in seiner Eigenschaft als Chef der Sicherheitspolizei und des SD. Das solle »ohne Rücksicht auf geographische Grenzen« gelten – das heißt ohne Rücksicht auf die in den besetzten Gebieten amtierenden deutschen Verwaltungen.

Auf den Seiten 3 bis 5 streicht Heydrich seine Leistungen bei der Auswanderung und Vertreibung der Juden heraus. Hierbei verweist er wieder auf die Beauftragung durch Göring im Januar 1939. Eigenartig mutet es an, dass Heydrich diese Phase als »legale Weise« der Säuberung des »deutschen Lebensraums von Juden« bezeichnet (Seite 3 unten). Formale Legalität durch Verordnungen wurde ja auch später bei den Deportationen hergestellt. Vermutlich meinte Heydrich mit »legal« noch zu nehmende Rücksichten. Als nachteilig benennt er die nicht von Deutschland zu beeinflussenden Einwanderungsbestimmungen in den potenziellen Aufnahmeländern. Seine Bilanz bis zum Auswanderungsverbot im Oktober 1941 fällt dennoch positiv aus.

Die Teile III. und IV. stellen den eigentlichen Kern der Besprechung dar, zu dem Heydrich einen Konsens erzielen wollte. In Teil III. entwirft er seine umfassenden Zielvorstellungen von der Deportation aller europäischen Juden »nach dem Osten«, die noch während des Krieges beginnen solle. Die Tabelle – mit zum Teil unrealistischen Angaben – unterstreicht die Ambition, europaweit bis zu 11 Millionen

Menschen zu ermorden. Da die Deportationen »jedoch lediglich als Ausweichmöglichkeiten anzusprechen« seien – als Vorstufe »der kommenden Endlösung« –, sollten die Juden zunächst »in sogenannte Durchgangsgghettos verbracht, um von dort aus weiter nach dem Osten transportiert zu werden«. Klingt hier die Sibirien-Option (»Eismeer-Lager«) an? In diesem Punkt bleibt der Text jedoch ambivalent, denn Heydrich geht davon aus, dass schon vorher infolge von Zwangsarbeit »ein Großteil durch natürliche Verminderung ausfallen« werde.<sup>8</sup> Sind das »bereits jene praktischen Erfahrungen«, die auf dem Weg zur »kommenden Endlösung« gesammelt werden? Wer die Zwangsarbeit überlebe, der müsse »entsprechend behandelt werden«, um jeglichen Neuaufbau jüdischen Lebens zu verhindern. Mit dem Hinweis auf »die Erfahrung der Geschichte« wird die angestrebte »Endlösung« deutlich von früheren Formen von Verfolgung und Pogromen unterschieden. Die nicht arbeitsfähigen Juden werden gar nicht erst erwähnt.

Gleich zu Beginn von Teil III. bezieht sich Heydrich auf eine Legitimation seines Auftrags durch den »Führer«. Die Funktion des von ihm als amtierenden »Reichsprotector von Böhmen und Mähren« eingerichteten »Altersghettos« Theresienstadt wird erläutert.<sup>9</sup> Bei der Behandlung der Frage der Einbeziehung von in verbündeten Staaten lebenden Juden in die »Endlösung« werden erste Beiträge anderer Konferenzteilnehmer festgehalten.

Der offenbar heikelste Punkt (IV.) behandelt die »Mischehen und Mischlingsfragen«. Diese »Fragen« bestanden nur für das Reichsgebiet, denn der Reichsführer-SS verbat sich strikt jede Definition von »Jude« in den besetzten Gebieten. Heydrich bezeichnet die Nürnberger Gesetze zwar als Grundlage für die Definition der zu deportierenden Personen, diese seien aber nicht ausreichend – eine implizite Kritik an Stuckart, der 1935 an der Ausarbeitung der Nürnberger Rassegesetze federführend beteiligt war. Heydrich entwirft dann »zunächst theoretisch« ein umfängliches und kompliziertes, auf Rassentheorien basierendes Klassifizierungssystem mit radikaler Verschärfung für die Betroffenen. So sollten die »Mischlinge 1. Grades« (»Halbjuden«) und jüdische Ehepartner von »Deutschblütigen« ebenfalls deportiert werden. Mit insgesamt vier Seiten ist das der am umfangreichsten behandelte Einzelpunkt im Protokoll. Heydrich wollte offensichtlich dieses Thema auf der Agenda halten, denn die in seinem Begleitschreiben zum Protokoll bereits angesetzte Besprechung am 6. März 1942 sollte ganz dem »Mischlingsproblem« gewidmet werden. Die in das Protokoll aufgenommenen Beiträge von Hofmann und Stuckart zu dieser Frage laufen auf eine Sterilisierung der »Mischlinge« anstelle von Deportation

8 Zu dem tatsächlich stattfindenden mörderischen Einsatz von Juden beim Straßenbau vgl. Jan Erik Schulte, [www.ghwk.de/deut/jahrestag/2003-schulte.pdf](http://www.ghwk.de/deut/jahrestag/2003-schulte.pdf).

9 Zu Heydrichs Machtfülle trug erheblich bei, dass er zugleich ein erfolgreicher territorialer Machthaber war. Vgl. Robert Gerwarth, *Reinhard Heydrich. Biographie*, München 2011.



Der Chef  
Der Sicherheitspolizei und des SD

V B 4 - 1456/41 ghs. (1344)

Auswärtiges Amt

D. III 29. g. Nr.

165

2. MRZ. 1942

Anl. ( fach) Dopp. d. Eing.

Geheime Reichssache

An den  
Herrn Unterstaatssekretär L u t h e r  
im Auswärtigen Amt

Berlin  
Wilhelmstr. 74/76

Lieber Parteigenosse Luther!

Als Anlage übersende ich das Protokoll über die am 20.1.1942 stattgefundene Absprache. Da nunmehr erfreulicherweise die Grundlinie hinsichtlich der praktischen Durchführung der Endlösung der Judenfrage festgelegt ist und seitens der hieran beteiligten Stellen völlige Übereinstimmung herrscht, darf ich Sie bitten, Ihren Sachbearbeiter zwecks Fertigstellung der vom Reichsmarschall gewünschten Vorlage, in der die organisatorischen, technischen und materiellen Voraussetzungen zur praktischen Inangriffnahme der Lösungsarbeiten aufgezeigt werden sollen, zu den hierfür notwendigen Detailbesprechungen abzustellen.

Die erste Besprechung dieser Art beabsichtige ich am 6. März 1942, 10.30 Uhr, in Berlin, Kurfürstendammstrasse 116, abhalten zu lassen. Ich darf Sie bitten, Ihren Sachbearbeiter zu veranlassen, sich dieserhalb mit meinem zuständigen Referenten, dem 4-Obersturmbannführer Eichmann, ins Benehmen zu setzen.

Heil Hitler!

K210399

Ihr

372023

1 Anlage!

Geheime Reichssache

166

2 Ausfertigungen

16. Ausfertigung

Besprechungsprotokoll.

I. An der am 20.1.1942 in Berlin, Am Großen Wannsee Nr. 56/58, stattgefundenen Besprechung über die Endlösung der Judenfrage nahmen teil:

Gauleiter Dr. Meyer und Reichsministerium  
Reichsamtseleiter Dr. Leibbrandt für die besetzten  
Ostgebiete

Staatssekretär Dr. Stuckart Reichsministerium  
des Innern

Staatssekretär Neumann Beauftragter für  
den Vierjahresplan

Staatssekretär Dr. Freisler Reichsjustizmini-  
sterium

Staatssekretär Dr. Bühler Amt des General-  
gouverneurs

Unterstaatssekretär Luther Auswärtiges Amt

4-Oberführer Klopfer Partei-Kanzlei

Ministerialdirektor Kritzingen Reichskanzlei

K210400

372024

D. III. 29. g. Nr.

hinaus. Stuckart, auch zuständig für Rationalisierungsmaßnahmen in der Verwaltung während des Krieges, war besonders an einer Verhinderung »unendlicher Verwaltungsarbeit« interessiert, wozu auch sein Vorschlag zur Schaffung der Möglichkeit einer pauschalen Scheidung aller »Mischehen« gehören könnte. Mit dieser weitgehenden Anpassung an radikale Forderungen der SS gab Stuckart seine bisherigen Positionen preis. Der Beitrag von Hans-Christian Jasch in diesem Heft geht der Frage nach, ob Stuckart hierbei taktischen Überlegungen folgte, um Zeit zu gewinnen. Tatsächlich kamen beide abgehaltenen Nachfolgekonzferenzen in der »Mischlingsfrage« zu keinem verbindlichen Ergebnis. Da sich auch Hitler bis zum Ende einer Entscheidung verweigerte, blieb im Deutschen Reich – bei allerdings vorkommenden regionalen Übergriffen – der betroffene Personenkreis von der Deportation verschont.

Auf den letzten beiden Seiten des Protokolls finden sich einige wenige Hinweise auf eine allgemeine Debatte: Staatssekretär Erich Neumann als Vertreter des Amtes des Beauftragten für den Vierjahresplan verlangt, jüdische Zwangsarbeiter in kriegswichtigen Betrieben nicht zu deportieren. Bühler wiederum schlägt vor, mit der »Endlösung« im Generalgouvernement zu beginnen, wo keine größeren Transportprobleme bestünden und wo von zweieinhalb Millionen Juden die meisten nicht arbeitsfähig seien. Zusätzlich hält Heydrich fest, dass Bühler ausdrücklich bestätigt, die Federführung bei der »Lösung der Judenfrage im Generalgouvernement« liege beim Chef der Sicherheitspolizei und des SD (also bei Heydrich), der von der deutschen Verwaltung in Polen unterstützt werden würde.

Im vorletzten Absatz des Protokolls wird die Besprechung der »verschiedenen Lösungsmöglichkeiten« (mit anderen Worten: bereits angewandte Mordmethoden) festgehalten. Sowohl der Vertreter des Reichsministeriums für die besetzten Ostgebiete, Gauleiter Dr. Alfred Meyer, als auch Bühler als Emissär der Regierung des Generalgouvernements schlagen vor, »gewisse vorbereitende Arbeiten im Zuge der Endlösung gleich in den betreffenden Gebieten selbst durchzuführen«. Das ist eine zynische Umschreibung des Vorschlags, die Menschen ohne Deportation gleich vor Ort zu ermorden, aber die Bevölkerung dabei nicht zu beunruhigen – also die Taten nicht in aller Öffentlichkeit durchzuführen. Die freundliche Bitte Heydrichs zum Schluss, ihn »bei der Durchführung der Lösungsmöglichkeiten« zu unterstützen, erscheint bei so viel im Protokoll festgehaltener Zustimmung eher als Dankesformel.

### Das Protokoll als Konsenspapier

Ausgehend von einer nicht überlieferten wörtlichen Mitschrift hat Eichmann nach den Vorgaben Heydrichs ein Ergebnisprotokoll gefertigt, das wohl nur bedingt den tatsächlichen Verlauf der Konferenz wiedergibt. Einige Teilnehmer bleiben vorgeblich ganz stumm (Freisler, Klopfer, Kritzingler). Zustimmungende Zitate von Beiträgen der Heydrich nachgeordneten SS-Männer (Müller, Eichmann,

Schöngarth, Lange) hätten kaum legitimierende Wirkung und erscheinen deshalb nicht. Hingegen werden diejenigen häufiger zitiert, die Heydrichs Anspruch auf Federführung bisher eher bestritten hatten: Meyer als Vertreter des Reichsministeriums für die Ostgebiete, Bühler stellvertretend für die Regierung des Generalgouvernements und Stuckart vom Reichsinnenministerium hinsichtlich der antijüdischen Gesetzgebung. Meyer und Bühler äußern sich hier nun betont zustimmend zur baldigen Ermordung der Juden in ihren Machtbereichen. Selbst Stuckart wird mit seiner Anerkennung »biologischer Tatsachen« sowie mit seinem Vorschlag von Zwangssterilisierungen und pauschalen Zwangsscheidungen zustimmend zitiert. Von den anwesenden SS-Männern wird der neben Heydrich zweite anwesende SS-Hauptamtschef, Otto Hofmann, Heydrich unterstützend zitiert. Mit Neumann von der Vierjahresplan-Behörde kommt gewissermaßen ein Interessenvertreter aus einer weiteren Funktion Görings zu Wort und wird beruhigt (keine Deportation von jüdischen Rüstungsarbeitern). Mit Luther vom Auswärtigen Amt besteht sowieso eine gute Zusammenarbeit, und es ist für Heydrichs Selbstermächtigungsstrategie wichtig, dass hier das Außenministerium für Deportationen aus Süd- und Westeuropa grünes Licht signalisiert. Das Protokoll ist also als Konsenspapier angelegt worden und entspricht Heydrichs Strategie, von den anderen zu beteiligenden »Zentralinstanzen« als der oberste Endlösungsbeauftragte anerkannt zu werden.

Heydrich hatte in den folgenden vier Monaten bis zu seinem Tod am 4. Juni 1942 – herbeigeführt durch das in Prag auf ihn verübte Attentat – den immer wieder zitierten »Gesamtplan zur Durchführung der Endlösung« Hermann Göring nicht vorgelegt. Tatsächlich erlangte Eichmanns Referat im RSHA die Vollmacht zur Organisation der Deportation der reichsdeutschen wie west- und südeuropäischen Juden bis hin zum letzten Einsatz in Budapest 1944. Bei der Ermordung der polnischen Juden setzte Himmler allerdings auf ihm direkt unterstellte Personen unter Umgehung des RSHA.

Am 20. Januar 1942 wurde also weder etwas »beschlossen« noch ein detailliert ausgearbeiteter Plan vorgelegt. Stattdessen wurde der grundsätzliche Konsens der Teilnehmer dahingehend festgehalten, dass alle europäischen Juden noch im Verlaufe des Krieges deportiert und ermordet werden sollten und dass Heydrichs führende Rolle dabei von den Teilnehmern nicht angezweifelt würde. Beim nicht konsensfähigen Teil der Besprechung, dem Umgang mit den »Mischlingen« und »Mischehen« innerhalb des Reichsgebiets, wurden die radikalen Vorschläge der SS deshalb so detailliert in das Protokoll aufgenommen, um sie auf der Agenda der Nachfolgekonzferenzen zu halten. Das Protokoll der Wannsee-Konferenz ermöglicht einen Einblick in die Phase des Übergangs vom bereits in den besetzten Gebieten der Sowjetunion stattfindenden Massenmord zum systematischen Völkermord an allen europäischen Juden. Durch die Konferenz wurden hochrangige Vertreter des deutschen Staatsapparats zu Mitwissern und Komplizen bei einem Völkermord, dem dann etwa sechs Millionen Menschen zum Opfer fallen sollten.

#-Gruppenführer Hofmann	Rasse- und Siedlungshauptamt
#-Gruppenführer Müller	Reichssicherheitshauptamt
#-Obersturmbannführer Eichmann	
#-Oberführer Dr. Schöngarth Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD im Generalgouvernement	Sicherheitspolizei und SD
#-Sturmbannführer Dr. Lange Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD für den Generalbezirk Lettland, als Vertreter des Befehlshabers der Sicherheitspolizei und des SD für das Reichskommissariat Ostland.	Sicherheitspolizei und SD

II. Chef der Sicherheitspolizei und des SD, #-Obergruppenführer H e y d r i c h, teilte eingangs seine Bestellung zum Beauftragten für die Vorbereitung der Endlösung der europäischen Judenfrage durch den Reichsmarschall mit und wies darauf hin, daß zu dieser Besprechung geladen wurde, um Klarheit in grundsätzlichen Fragen zu schaffen. Der Wunsch des Reichsmarschalls, ihm einen Entwurf über die organisatorischen, sachlichen und materiellen Belange im Hinblick auf die Endlösung der europäischen Judenfrage zu übersenden, erfordert die vorherige gemeinsame Behandlung aller an diesen Fragen unmittelbar beteiligten Zentralinstanzen im Hinblick auf die Parallelisierung der Linienführung.

K210401

372025

Die Federführung bei der Bearbeitung der Endlösung der Judenfrage liege ohne Rücksicht auf geographische Grenzen zentral beim Reichsführer-# und Chef der Deutschen Polizei (Chef der Sicherheitspolizei und des SD).

Der Chef der Sicherheitspolizei und des SD gab sodann einen kurzen Rückblick über den bisher geführten Kampf gegen diesen Gegner. Die wesentlichsten Momente bilden

- a/ die Zurückdrängung der Juden aus den einzelnen Lebensgebieten des deutschen Volkes,
- b/ die Zurückdrängung der Juden aus dem Lebensraum des deutschen Volkes.

Im Vollzug dieser Bestrebungen wurde als einzige vorläufige Lösungsmöglichkeit die Beschleunigung der Auswanderung der Juden aus dem Reichsgebiet verstärkt und planmäßig in Angriff genommen.

Auf Anordnung des Reichsmarschalls wurde im Januar 1939 eine Reichszentrale für jüdische Auswanderung errichtet, mit deren Leitung der Chef der Sicherheitspolizei und des SD betraut wurde. Sie hatte insbesondere die Aufgabe

- a/ alle Maßnahmen zur Vorbereitung einer verstärkten Auswanderung der Juden zu treffen.
- b/ den Auswanderungsstrom zu lenken,
- c/ die Durchführung der Auswanderung im Einzelfall zu beschleunigen.

Das Aufgabenziel war, auf legale Weise den deutschen Lebensraum von Juden zu säubern.

K210402

372026